

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
war Dienstag, Donnerst-
tag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 25.

30. Jahrgang.
Dienstag, den 27. Februar

1883.

Bekanntmachung.

Im Monat Januar e. betrogen im Hauptmarkte Schwarzenberg die Durchschnittspreise für Fourageartikel

7 Mt.	13 Pf.	für 1 Centner	Hafer,
3	52	1	Heu und
2	48	1	Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,

am 24. Februar 1883.
Frhr. v. Wirsing.

St.

Amtstag

Freitag, den 2. März 1883,

von Nachmittags 3 Uhr an

im Sitzungszimmer des Gemeinderaths zu Schönheide.
Schwarzenberg, am 22. Februar 1883.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. v. Wirsing.

E.

Der Parteihass als Quelle des geschäftlichen Glends.

Es ist unsern gesetzgebenden Körperschaften vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß in ihnen der politische Parteihass größer sei als die Vaterlandsliebe und die kleinlichen Fraktionsinteressen eifriger verfolgt würden, als die allgemeinen Landesinteressen. Insbesondere hat man unsern Parlamenten vorgeworfen, daß sie weder Herz noch Verstand für das geschäftliche Glend und keine wirkliche Begeisterung für soziale Reformen besäßen. Aus diesem Grunde seien die Parlamente nicht, wie man früher gehofft, zu Quellen des gesteigerten Heils, sondern zu solchen des sozialen Unheils, d. h. zu wirklichen Hindernissen und Klippen des Besserwerdens geworden. Ohne die Parlamente würden so reformeifrige Machthaber, wie sie an der Spitze des Reiches stehen, mit einer der Heftigkeit des geschäftlichen Glends angemessenen Schnelligkeit für Abhilfe sorgen, während der nothleidenden Bevölkerung jetzt statt des Brodes zeitgemäßer Reformen und Organisationen die Steine parlamentarischer Wortgefechte geboten würden. Diese Vorwürfe treffen in der That eine reichlich fließende Quelle des geschäftlichen Glends. Indessen ist der Parteihass und der Parteizank nicht bloß in den Parlamenten eine Quelle der wirtschaftlichen Noth und ein Hinderniß des Besserwerdens, sondern in ebenso verderblicher, ja vielleicht noch schlimmerer Weise außerhalb der Parlamente. Es ist geradezu unermeßlich, was der Parteihass und Parteizank auf dem Gebiete des gemeinnützigen Vereinswesens schadet. Ja, es ist nicht zu viel gesagt, daß in den meisten Orten angeht, der wunderbaren Fülle moderner Kulturmittel kein eigentliches Glend, weder moralisches noch wirtschaftliches, zu herrschen brauchte, wenn sich die Menschen auf den Gebieten der politisch-neutralen Gemeinnützigkeit die Hände reichen wollten! Aber nein, weil sie der politische Parteihass erfüllt, kann sie die christliche Liebe nicht erfüllen, und weil sie das teuflische Bedürfniß fühlen, sich zu kränken, fühlen sie nicht das göttliche Bedürfniß, einander zu helfen.

Was hier gesündigt wird, ist ganz unglaublich, so sehr widertreibt es den Geboten der christlichen Nächstenliebe, ja selbst den elementarsten Erfordernissen des Gemeinbewesens und der Privatflugsheit.

Ein sehr grelles und zwar typisches Beispiel für diese Behauptung trat kürzlich auf dem Gauverbande der unterfränkischen Darlehnskassenvereine zu Tage. Er wurde dort beklagt, daß in dem Bezirk nur etwa 40 Darlehnskassenvereine zu Stande kamen, obwohl der Kreis fast tausend Gemeinden zählt, und obwohl in allen diesen Gemeinden der Geldwucher geradezu entsetzlich haust, und obwohl die Regierung den Vereinen Geld zu 4 Proz. anbietet. Anstatt 1000 Kreditvereine bestehen dort also nur ungefähr 40. Die fehlenden 960 scheitern an dem Parteihass und dem Parteizank. Der Berichterstatter meldet nämlich, daß ihm auf seine verwunderte Frage nach der Nichtverallgemeinerung der Vereine folgende gleichlautende Antwort zu theil geworden sei:

„Man hat auch in unserm Ort versucht, einen Darlehnskassenverein zu gründen, aber der Versuch ist gescheitert, weil verschiedene Parteien in der Gemeinde sind. Was von der einen Partei ausgeht, wird von der andern abgewiesen, und so kann weder ein Darlehnskassenverein, noch ein Ortsviehversicher-

ungsverein oder eine ähnliche gemeinnützige Einrichtung zu Stande kommen.“

Was hier von Unterfranken und von den ländlichen Darlehnskassenvereinen zu Tage tritt, gilt auch von größeren Städten und von hundert anderen gemeinnützigen Werken. Ueberall vereitelt der Parteihass und der Parteizank die nützlichsten, ja nothwendigsten Veranstaltungen und drückt dem menschlichen Zusammensein und den menschlichen Zuständen sowohl in moralischer, wie wirtschaftlicher Hinsicht einen Stempel auf, der eher alles Andere ist, als ein Merkmal christlicher Kultur oder auch nur ein Fabrikzeichen rein weltlicher Civilisation.

In diese wahrhaft schwarze Nacht fällt neuerdings ein heller Strahl der Hoffnung, und zwar durch die Thatfache, daß man sich mit Eifer und Erfolg nach gemeinschaftlichen Arbeitsfeldern für alle Vaterlands- und Menschenfreunde ohne Unterschiede der Partei umsieht. Man hat solche gefunden und betreten in dem Centralverein gegen die Trunksucht, ferner in dem deutschen Kolonisationsverein, sowie in dem Centralverein für Vermehrung und Sicherung der Nahrungsquellen (Lift-Klub). Auch die Bestrebungen des Pastors v. Vobelschwingh gegen das Vagabundenthum finden in den Zeitungen aller Parteien Billigung.

Hoffen wir, daß diese Anzeichen eine allgemeine Wendung zum Bessern ankündigen, damit von den vielen Quellen des Glends wenigstens die Eine, nämlich die im Parteihass bestehende, verschlossen wird, zum Ruhm und zum Segen der Menschheit.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Eine dem Anscheine nach vom Vatikan aus inspirirte Auslassung, die der „P. Corr.“ aus Rom zugeht, beschäftigt sich mit dem Verhältnisse des heil. Stuhls zu den weltlichen Mächten. Besonders über das Verhältniß desselben zu Preußen finden sich darin einige charakteristische Auslassungen. Nachdem die Bedeutung des Streites hervorgehoben worden, wird die Annahme, daß ein Hinderniß für die Lösung in der den Cardinal Lebochowski betreffenden Frage liege, als absurd bezeichnet. Es heißt dann weiter: „Wie wird aber der Streit enden? Die Antwort hierauf kann nicht von Rom kommen, man muß sie von Berlin erwarten. Der angegriffene, seiner sacrosancten Rechte beraubte heilige Stuhl erwartet, daß die preussische Regierung, in dem Maße, als sie es für opportun hält, zu gesunden Vorfügen zurückkehren werde. Was die seitens des heiligen Stuhles zu machenden Concessionen betrifft, darf man überzeugt sein, daß Alles geschehen wird, was nur möglich ist, ohne die heiligen Rechte der Kirche zu verletzen. Was die Frage der Haltung des Centrums betrifft, hat der heilige Stuhl hierin weder Etwas zu thun noch zu sagen. Diese Angelegenheit ist eine rein politische.“ Wenn hierdurch die im Vatican herrschende Stimmung richtig gekennzeichnet wird, so würde die Annahme, daß die Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und dem Vatican abgebrochen seien, an Wahrscheinlichkeit gewinnen.

— Belanntlich hat sich in Frankreich eine Anzahl sogenannter Patrioten zusammengesetzt, um — unter dem Vorwande, für die Ueberschwemmten in Elsaß-Lothringen zu sammeln — eine kleine Demonstration zu Stande zu bringen. Gleichzeitig wird von Paris aus in Straßburg die Bildung eines

Hilfskomitees arrangirt, an dessen Spitze das elsässische Mitglied des deutschen Reichstags Herr Rablé steht und welchem sämtliche elsässische Mitglieder des deutschen Reichstags angehören. Das elsässische Hilfskomitee soll die eingehenden französischen Gaben vertheilen. Sowohl in der „Nordd. Allg. Ztg.“, wie in der „Kreuz-Ztg.“ werden die elsässischen Mitglieder des deutschen Reichstages deshalb scharf angegriffen, weil sie unter Versäumung ihrer parlamentarischen Pflichten in Berlin an einer von Paris ausgehenden Agitation sich betheiligen, welche die Unterstützung Hilfsbedürftiger nur zum Vorwande nehme, um politische Demonstrationen zu treiben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hebt u. A. hervor: „Bei der Debatte über die französischen Militärpensionen, einer ausschließlich elsässischen Angelegenheit, war kein einziger Abgeordneter aus dem Reichelände zur Stelle, um zu Gunsten der Pensionäre das Wort zu ergreifen. . . . Der Reichstag aber dürfte bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit gut thun, seine Herren Kollegen aus Elsaß-Lothringen recht nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß es für sie nicht auf das ankommt, was man in Paris über sie denkt, spricht und schreibt, sondern daß es für sie und Elsaß-Lothringen darauf ankommt, was man in Berlin über sie und das Land denkt.“ — Es wird Zeit, dies den Herren einmal ernstlich zum Bewußtsein zu bringen.“

— In Sachen des Hugelstetter Eisenbahn- Unglücks, über welches im Monat März die gerichtliche Verhandlung erwartet wird, haben sieben Sachverständige ein umfangreiches schriftliches Gutachten erstattet. Demnach ist als Ursache der Entgleisung die übermäßige Fahrgeschwindigkeit einer nicht geeigneten Lokomotive auf zu schwachem Geleise zu betrachten. Der Oberbau der Strecke Freiburg-Hugelstetter war zu schwach für das starke Gefälle und die übliche Fahrgeschwindigkeit der Züge. Dies wurde schon früher thatsächlich erwiesen. Am 5. Dezember 1877 fand ein Unfall ohne ernste Folgen wegen der gleichen Ursache statt. Die Zerstörung der Schienenlatten von 1879 bis 1882 war eine bedeutende, der Zahl nach geradezu abnorme. Die Verwaltung hat dies offenbar erkannt, und ein Umbau war von Freiburg ab auf eine Distanz von 4 Kilometern schon begonnen. Die Stelle des Unfalls wies noch den alten leichten Oberbau vor. Es sei bedauerlich, daß hier nicht mit größerer Energie vorgegangen wurde. Wäre der Oberbau in Ordnung gewesen, so hätte das ganze Unglück nicht passiren können. Die Schienen hätten den Druck des Zuges ausgehalten.

— Oesterreich. Nach einer von dem technischen Militärkomitee verfaßten statistischen Zusammenstellung, welche übrigens über Gebühr auf sich warten ließ, belaufen sich die Verluste, welche die österreichischen Truppen in der Crivoscica und der Herzogowina anlässlich der Bekämpfung des Aufstandes erlitten, auf 71 Tode, 6 Vermißte und 255 Verwundete. Von letzteren sind 102 theils infolge der erhaltenen Verwundungen gestorben, theils als dienstuntauglich aus dem Heere entlassen worden; die Gesamtverluste vertheilen sich auf 53 Gefechte und Scharmügel. Die Verlustziffer erfährt indes noch dadurch eine wesentliche Steigerung, daß während der Insurrektionsperiode in den Truppen- und Feldhospitälern 476 Todesfälle zu verzeichnen waren, wodurch sich die Gesamtverluste, welche die Armee während des jüngsten Aufstandes erlitten, auf 656 Mann erhöht.